

Zur Ausweitung des Niedriglohnsektors trugen die Einführung des Arbeitslosengeldes II aber noch aus einem anderen Grund bei. Zu niedrige Löhne bzw. Arbeitseinkommen, die unter einer bestimmten Bemessungsgrenze blieben, wurden nun durch staatliche Zuzahlungen ergänzt. Der »Aufstocker« entstand, der trotz Lohnarbeit zusätzlich aus Hartz-4-Mitteln unterstützt wurde (Ther 2016, 294–295). So wurden direkt Geschäftsmodelle von Unternehmen gefördert, die auf niedrigsten Löhnen basierten – in gewisser Weise subventionierte das Aufstockungsmodell Dumpinglohnunternehmen.

3.3 Der grün-sozialistische und der antiökologisch-nationalradikale Oppositionsblock

Das »marktsozialdemokratische Projekt« war nicht in der Lage sich über einen längeren Zeitraum hinweg auf einen eigenständigen, widerspruchsfreien und mehrheitsfähigen Block zu stützen. Wahlpolitisch zeigte sich dies in einem für die bundesdeutsche Geschichte einschneidenden Rückgang der sozialdemokratischen Stimmanteile. Insbesondere mit der Agenda 2010 bzw. der Einführung des sog. »Hartz 4« hatte die SPD gegen die Interessen ihrer traditionellen Anhängerschaft verstoßen (Françon 2017, 96). Bei den Wahlen 2002 und 2005 wurde die Rot-Grün-Koalition »von rechts« herausgefordert, von einer potenziellen liberal-konservativen Koalition, die die neoliberalen Sozialstaatsreformen fortsetzen wollte. Die SPD verlor 2002 gegenüber 1998 zunächst lediglich 2,4 Prozentpunkte, bei den Wahlen 2005 schließlich nochmals 4,3 Punkte. 2009 rutschte die SPD auf nur noch 23 Prozent der Stimmen, nach einem kleinen Auf 2013 landete sie 2017 schließlich bei 20,5 Prozent und 2021 auf dem Niveau von 2013.

Das grün-sozialistische Projekt

Das *links-ökologische Projekt* setzt sich gleichzeitig für mehr soziale Gleichheit und Sicherheit als auch eine offensive Klimaschutzpolitik ein, die die sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten in den Vordergrund rückt. Verbunden wird beides durch die oben umrissene »Politik gegen den Markt« und eine expansive Wohlfahrtsstaatspolitik. Sie soll Gleichheit und Sicherheit stärken, die Klimaschutzbereitschaft größerer Bevölkerungsteile fördern, durch Investitionen ökologisch nachhaltige Infrastruktur und Wirtschaften stärken und durch Demokratisierung sowohl direkter in den kapitalistischen Wirtschaftskreislauf eingreifen, um effizienten Klimaschutz zu ermöglichen, als auch abhängig Beschäftigte zu beteiligen und als Akteure in den ökologischen Umbau der Gesellschaft einzubeziehen. Für die Herausbildung des Projektes des Grünen Sozialismus links von SPD und Grünen waren historisch die eingangs beschriebenen Folgen der marktsozialdemokratischen Politik von zentraler Bedeutung.

Parteienpolitisch einschneidend war im Jahr 2005 die Abspaltung eines Teils der SPD unter dem Namen Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), die einen kleineren, aber wichtigen Teil von Sozialdemokraten umfasste. Um den Zusammenschluss der WASG und der Linke.PDS zur Partei DIE LINKE entstand ein »neues altes politisches Projekt«, um die Partei gruppierten sich linkssozialdemokratische und sozialistische Gewerkschafter*innen, sie wurde aber auch zum Bezugspunkt kleinerer reformkommunistischer und antikapitalistischer Strömungen (Demirovic 2022, 619–621).

Allerdings sammelten sie alle sich auf einer linkssozialdemokratischen politischen Plattform. Nimmt man auch die ostdeutsche Geschichte mit in den Blick, dann lässt sich die Herausbildung der Linke.PDS bzw. der LINKEN als Ergebnis von zwei Wellen der gesellschaftlichen Deklassierung und auch Missachtung interpretieren. Die PDS konnte sich nach 1990 im Osten als Interessenpartei etablieren, weil sie den Unmut vieler ehemaliger DDR-Bürger*innen über die Art und Weise der deutschen Vereinigung, der Entwertung von Lebensleistungen und auch des Transfers westdeutscher Eliten in die sog. neuen Bundesländer artikulierte (Schmidt 2022, 118).

Sicherlich nährte sich dieser Unmut aus enormen sozialen Folgekosten (z.B. Massenarbeitslosigkeit) und unabgeholten Versprechen (z.B. blühender Landschaften und die Angleichung der Lebensverhältnisse). »Die vormalige PDS war stark geworden als ostdeutsche Regionalpartei, die DDR-Erwerbsbiografien und Lebenswege gegen westdeutsche Dominanz und Arroganz verteidigte.« (Kahrs 2022, 594) Die PDS wurde infolgedessen insbesondere von Menschen gewählt, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bereits 30 Jahre oder älter gewesen sind (ebd.) – in Westdeutschland konnte sich die Partei bis hin zur Fusion mit der späteren WASG nicht etablieren, wurde hier zwar zu einem kleinen Sammelbecken von Westlinken, die aus verschiedensten Traditionen kamen, für größere Teile der Bevölkerung spielte sie in den alten Bundesländern aber schlicht keine Rolle (Demirovic 2022, 614–619).

Im Westen war die Herausbildung der WASG eine direkte Folge der oben beschriebenen Politik des marktsozialdemokratisch-ökologischen Projektes, die eine eigene Welle der Deklassierung und gesellschaftlichen Demütigung freisetzte: Die WASG war der politische Ausdruck des Unmutes über die Agenda 2010-Politik (Demirovic 2022, 615), sie war in diesem Sinne ein klassisches Dagegen-Projekt, das traditionell sozialdemokratische Sozialstaatspositionen gegen die Marktsozialdemokratie vertrat (Kahrs 2022, 595).

Im Kern bildete sich so um die neu entstandene LINKE ein anti-neoliberales politisches Projekt mit einer starken Abgrenzung gegen die Marktsozialdemokratie heraus, das zwei starke Säulen hatte: die Opposition gegen die Militarisierung der Außenpolitik und die Opposition gegenüber der neoliberalen und marktsozialdemokratischen Modernisierungspolitik. Die Sozialstaatsreform spielte dabei die zentrale, ja herausragende Rolle. Zunächst in einer bewahrenden Form gegen den marktzentrierten Umbau, indem die Abschaffung von Hartz IV und eine Umverteilung durch die Steuerpolitik einerseits in den Vordergrund gestellt wurde, andererseits gegen weitere Privatisierungspolitiken opponiert wurde. Eine anti-neoliberale Sozialpolitik gehört insofern zur DNA dieses politischen Projektes.

Gegen den oben umrissenen neoliberalen Wohlfahrtsstaatsumbau plädiert dieses Projekt für eine linkskeynesianische Wirtschaftspolitik, die – auch in den ersten Jahren der Formierung – auf ökologische Industriepolitik (ökologischer Umbau der Industrie durch aktive staatliche Politik, die von den Interessen der Beschäftigten ausgeht) und den Ausbau sozial sinnvoller Dienstleistungen setzt; fordert es eine neue Steuerpolitik ein, die Unternehmen und Vermögende sehr viel stärker, die unteren Einkommen sehr viel weniger besteuert; streitet für eine Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung, durch die die soziale Sicherheit gestärkt und die Macht der Unternehmen eingeschränkt wird u.a. durch die Abschaffung des Sanktionsregimes beim ALG II (neuerdings: Bürgergeld) und die Einführung einer armutsfesten Mindestsicherung;

argumentiert es für die Stärkung der staatlichen Versicherungssysteme, nicht zuletzt der staatlichen Gesundheits- und Rentenversicherung (z.B. durch die Einführung einer Bürgerversicherung, in die auch Beamte einzahlen sollen); setzt es auf die Stärkung des Öffentlichen Dienstes und den Beginn der Rekommunalisierung bzw. Wiedervergesellschaftung von privatisierten Bereichen (etwa im Bereich des Wohnungsbaus, von Schwimmbädern usw.); plädiert es für der massive Ausbau von öffentlichen und klimaschonenden Verkehrsangeboten, also von Bus und Bahn; streitet es für eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, von staatlicher Wirtschaftslenkung und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Zum strategischen und programmatischen Kern dieses Projektes gehört insofern eine sozialistische Wohlfahrtsstaatspolitik (siehe Kap. 2.2.3), die die Re-Kommodifizierung der Waren Arbeitskraft bekämpft, versucht Gleichheit innerhalb der populären Klassen zu fördern und auch die Macht der abhängig Beschäftigten zu stärken.

Dieses Projekt hat insofern einen parteipolitischen Schwerpunkt bei der LINKEN, findet sich allerdings auch in Teilen der SPD- und Grünenmitgliedschaft. Insofern ist schwer zu ermitteln, wie gut es gesellschaftlich verankert es ist bzw. wieviel Menschen es unterstützen, denn SPD und Grüne werden ja von anderen ebenfalls aufgrund ihrer marktsozialdemokratischen bzw. marktökologischen Ausrichtung gewählt – klar ist aber, dass die Krise der LINKEN, die seit spätestens Ende 2020 einsetzte, zugleich eine Krise dieses Projektes ausdrückt. Ökologische Fragen spielten programmatisch seit der Herausbildung dieses Projektes immer eine wichtige Rolle, wie stark es aber das tagespolitische Agendasetting und die Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit prägen sollte, war umstritten. Insbesondere unter dem Eindruck der sich auch in Deutschland ab 2018 stärker entfaltenden Klimagerechtigkeitsbewegung erstarkten Strömungen innerhalb des Projektes, die für ein stärker ökologisches Profil plädierten. Die LINKE setzt sich für einen linken Green New Deal ein – weshalb es angebracht ist heute von einem links-ökologischen Projekt bzw. von einem Projekt des Grünen Sozialismus zu sprechen. Es dominieren linkssozialdemokratische Visionen eines linken Green New Deal, die mit ökosozialistischen koexistieren (siehe Kap. 2.3.2) – durch eine Politik gegen den Markt, die auch auf dem Aus- und dem demokratischen Umbau des Wohlfahrtsstaates fußt, sollen wirksame und sozial gerechte Antworten auf die Klimakrise gegeben werden. Insofern ist es angebracht von der LINKEN als Ankerpartei eines Grünen Sozialismus in Deutschland zu sprechen, wenngleich – wie gesagt – dieses Projekt auch Anhänger*innen in anderen Parteien und Zusammenhängen hat, die sich nicht bzw. nicht überwiegend mit der LINKEN identifizieren. Das gilt z.B. für eine größere antikapitalistisch orientierte Minderheit in der Klimagerechtigkeitsbewegung, aber auch für Teile der Grünen Jugend, Teile der Jusos oder Ränder der SPD und der Partei DIE GRÜNEN.

Nicht zuletzt aufgrund interner Widersprüche – die detailliert zu analysieren hier nicht der Ort ist – geriet dieser Oppositionsblock in eine tiefe politische Krise, 2021 erreichte die LINKE nur noch 4,9 Prozent der Stimmen bei der Bundestagswahl (Kahrs/Wolf 2022, 103–104). Diese tieferen Probleme lassen sich auch als »Transformationskrise« verstehen, deren Ausgang offen ist: Der linkssozialdemokratische Oppositionsblock wirkte lange als Gegenprojekt, als in sich widersprüchliche anti-neoliberale Sammlung, die sich stark gegenüber – wie oben dargestellt – der neoliberalen, marktorientierten

Sozialstaatsumbaupolitik und der Militarisierung der Außenpolitik abgrenzte und profilierte (Kahrs 2022, 600f.).

Drei Entwicklungen, die neue politische Antworten verlangten, haben zu internen Differenzierungsprozessen geführt, die eine krisenhafte Entwicklung des Projektes in Gang setzten. Erstens: Wie ich unten noch zeigen werde, ist die heutige Gesellschaft durchaus durch weit verbreitete Prekarität und große Armutslagen gekennzeichnet. Je länger die Hochphase der Agenda-Politik allerdings zurücklag, und je mehr moderate Korrekturen durchgeführt wurden, ohne dass neue Angriffe auf die Sozialstaatsarchitektur vorgenommen wurden, desto mehr normalisierten sich auch deren Folgen in der Bevölkerung. Der Gebrauchswert des linkssozialdemokratischen Projektes wurde von vielen wichtigen Akteuren in der Entstehungsphase in der Re-Sozialdemokratisierung der SPD gesehen – ein Gebrauchswert, der sich im Zuge der Zeit abnutzte. Auch, weil das Versprechen, als Protestpartei Wut, Unmut und konkrete Interessen auch in Verbesserungen umzusetzen, i.d.R. mit der Dauer, in der dies nicht geschieht, an Anziehungskraft verliert (Schmidt 2022, 120). Die Debatte über einen eigenständigen Gebrauchswert eines demokratisch-sozialistischen Projektes führte zu neuen Konflikten, die eine Klärung zum Teil auch blockierten (Kahrs/Lederer 2022, 103–104).

Zweitens tauchten neue politische Konflikte und Fragen auf, auf die das linkssozialdemokratische Projekt reagieren musste. Dazu gehörte die Frage der Migration, die im Jahr 2015 durch den zwischenzeitlichen Riss im europäischen Migrations- und Grenzregime auf die Tagesordnung gesetzt wurde, als eine verhältnismäßig große Zahl von Geflüchteten nach Deutschland kam (»Sommer der Migration«). Dazu gehörte aber auch die Frage der Ökologie, die durch eine neu entstandene Klimagerechtigkeits- und Jugendbewegung, aber auch durch die ökologische Modernisierung in den Betrieben, wo sich Betriebsräte und Vertrauensleute damit auseinandersetzen müssen, auf die öffentliche Agenda gesetzt wurde.

Damit zum Teil verbunden war und ist die dritte Entwicklung, der politische Erfolg der Alternative für Deutschland und die Herausbildung des nationalradikalen politischen Projektes. Auch die Frage, wie dieses bekämpft werden sollte, wie und ob um deren Anhängerschaft gerungen werden sollte, führte zu Zwistigkeiten innerhalb des linken Projektes, das sich im Zuge und durch interne Konflikte hindurch in ein links-ökologisches transformierte – ohne allerdings in der Öffentlichkeit als ein Projekt mit gemeinsamer Marschrichtung zu erscheinen (Schmidt 2022, 115). Diese Streitfragen beschäftigten nicht nur DIE LINKE als eine wichtige Ankerpartei des links-ökologischen Projektes, sondern das gesamte Netzwerk, das dieses Projekt konstituiert: Gewerkschaftlich Aktive ebenso wie Aktive in verschiedenen sozialen Bewegungen, Akteure in Wohlfahrtsverbänden und Intellektuelle. Und auch Mitglieder der SPD und der Grünen, die sich für einen Grünen Sozialismus engagieren, müssen sich diese Fragen stellen.

Der antiökologische Nationalradikalismus

Das Projekt des *antiökologischen Nationalradikalismus* verfolgt eine »Politik gegen das Andere und für das Normale«, wobei sich unterscheiden kann, was eigentlich als das Andere (z.B. Migrant*innen, Klimaschützer*innen, liberale Bevölkerungsschichten) und das Normale (z.B. völkische Siedler*innen im ländlichen Raum, SUV-Fahrer*innen, Industriearbeiter*innen) gilt. Der autoritär-ausgrenzende Populismus, der im Mittelpunkt

dieses Projektes steht, baut auf Spielarten einer konformistischen Rebellion gegen »die Oben«, ohne aber die Ausbeutungs- und Ungleichheitsstrukturen, die die prekäre Zweidrittelgesellschaft konstituieren, selbst zum Problem und die von ihnen profitierende Oberklasse zum Gegner zu machen. Im Gegenteil, der autoritäre Populismus baut Brücken zwischen Oberklasse und unteren Schichten, weil er sie gegen das Andere zusammenschweißt (Hall 2014, 113).

Es gibt zwar neo-faschistische Strömungen innerhalb dieses Nationalradikalismus, die eine nationalistische Solidaritätspolitik fordern dabei aber antiegalitär bleiben, weil sie letztlich die gesellschaftlichen Hierarchien, die die Klassengesellschaft ausmachen, lediglich oberflächlich kritisieren – indem sie sich einer privaten Marktwirtschaft verpflichten, von der sie glauben, sie könne nicht-kapitalistisch sein (Kaiser 2020, 17f.). Innerhalb des Projektes des Nationalradikalismus gibt es durchaus marginale ökofaschistische Strömungen, es dominieren aber – etwa in der Alternative für Deutschland (AfD) – Kräfte, die den Klimawandel leugnen bzw. enorm relativieren und Politik gegen den Klimaschutz betreiben. In ihrem Antiökologismus deuten sie jede Form des Klimaschutzes als »ideologisches Projekt«, mit dem liberale Eliten das Volk gängeln, seine Freiheit abschaffen und den Wohlstand ruinieren wollen.« (Quent/Richter/Salheiser 2021, 18)

Der autoritäre Nationalradikalismus verspricht soziale Sicherheit durch eine Politik, die auf starke Führung und klare Hierarchien setzt. Kompromissbildung und damit demokratische Vermittlung lehnt er ab – daher die Charakterisierung als autoritär-Nationalistisch ist das Projekt, weil es Bevorzugung aufgrund von (ethnisch-kultureller) Volkszugehörigkeit verspricht, überhaupt die deutsche Überlegenheit herausstellt. Radikal ist dieser autoritäre Nationalismus, weil die liberal-demokratische Gesellschaft nicht reformiert, sondern ganz grundlänglich verändert werden soll und ein harter und zuspitzender Stil genutzt wird (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, 106).

Auch das Projekt des antiökologischen autoritären Nationalradikalismus hat eine längere Entstehungsgeschichte. Eng verbunden ist es mit dem Erfolg der Alternative für Deutschland (AfD), die den parteipolitischen Anker des Nationalradikalismus bildet. Im Verlauf der Wirtschaftskrise ab 2008 entfaltete sich, einhergehend mit Krisenturbulenzen in den Ländern Südeuropas eine Krise der Europäischen Union bzw. der Europäischen Integration. In dieser Situation entstand rechts der Unionsparteien eine neue politische Formation, die AfD als Anti-Euro und Anti-EU-Partei, die zum Kristallisationspunkt des antiökologischen Projektes des autoritären Nationalradikalismus wurde. Im Bereich der Sozialpolitik ist die AfD, ordnet man sie in ein Feld ein, das zwischen den Polen »an sozialer Gerechtigkeit orientiert« und »Marktliberalismus« aufgespannt wird, grundlegend lange marktradikal positioniert gewesen. Sie verband dies allerdings mit klar nationalkonservativen Orientierungen, die sich auf das Zusammenleben von Menschen beziehen (Niedermeyer/Hofrichter 2016, 267) (z.B. Partnerschafts- und Familienvorstellungen, Migration, soziale Hierarchien etc.).

M.E. ist es mittlerweile verkürzt, die AfD als klar neoliberale Partei und den autoritären Nationalradikalismus als grundlegend wirtschaftsliberal zu bezeichnen. Zwar knüpft die AfD als parteipolitischer Anker des Nationalradikalismus an den Neoliberalismus an, fordert Selbstverantwortung und Eigeninitiative, wendet sich gegen einen sorgenden Staat und unterstreicht die vorrangige Bedeutung von Märkten und Wettbewerb (Pühringer/Beyer/Kronberger 2021, 6); zwar will sie den Staat darauf festlegen

lediglich die Rahmenbedingungen für eine »effizientere, wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft« zu schaffen, und »[...] dabei aber keine eigenständige wirtschafts- und sozialpolitische Agenda [...] (zu) verfolgen [...]« (ebd., 57) – deshalb ist auch von einem politischen Projekt mit neoliberalen Kern die Rede. Aufgrund der Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der AfD haben sich aber gleichzeitig sozialprotektionistische Reformforderungen im Bundestagswahlprogramm 2021 durchgesetzt, die man kaum als neoliberal bezeichnen kann. Eher handelt es sich um klar national begrenzte sozialprotektionistische Positionen.

Ein Beispiel ist der Umgang mit der Leiharbeit. Anders als die Anhänger*innen des linkssozialistisch-ökologischen Projektes fordert die AfD nicht deren Abschaffung – wohl aber bessere Bezahlung und Lohnaufschläge aufgrund der hohen Flexibilitätsanforderungen (ebd., 30). Zum Teil gehen neoliberale und sozialprotektionistische Forderungen auch Hand in Hand, so etwa im Fall der Reformvorschläge für die sozialen Sicherungssysteme. So soll etwa ALG-II überhaupt nicht mehr an Menschen gezahlt werden, die nicht in das Sicherungssystem eingezahlt haben, andererseits soll die Bezugsdauer des ALG-I verlängert werden, und zwar entsprechend der vorherigen Beschäftigungsdauer (ebd., 31). Oder: In der Rentenpolitik hat sich, zumindest was die Wahlprogrammatik angeht, ein antineoliberales Konzept durchgesetzt, in dem beispielsweise die Stärkung der staatlichen Renten gefordert wird, die private Rentenvorsorge abgelehnt und ein einheitliches Finanzierungssystem gefordert wird, in das auch Beamte und Politiker*innen einzahlen sollen (ebd., 32).

Da der autoritäre Nationalradikalismus auch dann mit diesen Forderungen in der Bevölkerung um Unterstützung wirbt, wenn die AfD in der Parlamentsarbeit praktisch häufig mit der neoliberalen FDP zusammenarbeitet, sind diese sozialprotektionistischen Positionen wichtig. Es besteht ein Spannungs- und Widerspruchsverhältnis zwischen punktuell Sozialprotektionismus und neoliberalen Kernprogramm – dieser Widerspruch scheint aber dazu zu führen, dass es der AfD bisher gelungen ist sowohl Wähler*innen zu gewinnen, die sich einen schützenden Staat wünschen, als auch solche, die nach einem neoliberalen Minimalstaat verlangen (ebd., 6). Kurz: Im Kern bleibt die AfD eine eher neoliberale Partei, punktuell setzt sie aber auf Sozialprotektionismus. Beides verbindet sie mit nationalistischen Sozialchauvinismus (»wir zahlen nicht für die Griechen«) und dem Angebot der exklusiven sozialen Solidarität auf der Basis der Volkszugehörigkeit (nicht der Staatsbürgerschaft) (Dörre 2018, 51). Die ideologische Botschaft: »Gäbe es die Ausländer nicht, könnte es hier allen gut gehen«.

Einen Durchbruch erzielte die AfD ab 2015 mit dem Bedeutungsgewinn der Flüchtlingspolitik (Niedermeyer/Hofrichter 2016, 297). Der »Sommer der Migration« stellte insofern eine politische Zäsur dar, als die politische Öffentlichkeit nun zunehmend durch Themen dominiert wurde, zu denen die AfD eine klare Botschaft hat – eine Botschaft, die auf eine beträchtliche Hörer- und so Wählerschaft traf.